

# An den Stadtrand verlagert

Streit über "Verbringungsgewahrsam" - Kampf gegen Kriminalität

Von ANDREAS BAUMANN

**Berlin** - Eingeschüchtert saß die 62jährige Hildegard K. im Sozialausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses - und überließ das Reden einem Sozialarbeiter, einem sogenannten Streetworker. Der schilderte ein Erlebnis, das die Obdachlose am 6. Juni mit der Polizei hatte. Danach verfrachteten die Beamten die betrunkene Frau am Bahnhof Zoo in einen Streifenwagen, fuhren zum Stadtrand und setzten sie im Grunewald aus. Sie habe drei Stunden gebraucht, um wieder in die Stadt zu finden. Fahrgeld für die S-Bahn habe sie erbetteln müssen. Angeblicher Grund der Polizeiaktion: Aufenthalt an einem gefährlichen Ort. Daß Stadstreicher, Prostituierte oder Drogensüchtige sich unverhofft am Stadtrand wiederfinden, ist kein Berliner Phänomen. In Frankfurt am Main werden Betrunkene, die das Publikum auf der Einkaufsmeile Zeil belästigen, regelmäßig aus dem Stadtzentrum entfernt. "Da gibt es einige, die trotzdem immer wieder auffallen", sagt Ordnungsamtsleiter Rolf Menzer. "Aber der Verbringungsgewahrsam ist oft die einzige Chance, einen Platzverweis durchzusetzen." Hamburg wendet ihn nach Auskunft der Innenbehörde bisher gegen randalierende Fußballfans an. Es werde aber geprüft, diese Maßnahme auch gegen aggressive Bettler zu ergreifen. "Anlaß sind zunehmende Bürgerbeschwerden", begründet Sprecher Christian-Georg Schuppe. In Berlin agiert die Polizei aufgrund des Landesgesetzes über "Allgemeine Sicherheit und Ordnung". Die Situation am Breitscheidplatz, Kurfürstendamm oder Alexanderplatz - Schwerpunkte der Kriminalität - soll entschärft werden, so Innensenatssprecherin Francine Jobatey. Beispielsweise würden aggressive Bettler oder Drogendealer an den Stadtrand gebracht. "Wenn Personen hilflos sind, wird darauf Rücksicht genommen." Spätestens seit dem Fall der Hildegard H. ist der "Verbringungsgewahrsam" ein Streitthema der Berliner Parteien. "Wir wollen keine offene Drogenszene in der Stadt", begrüßt der CDU-Fraktionsgeschäftsführer Dieter Hapel die Maßnahme. In den letzten drei Jahren hätten Polizei und Bundesgrenzschutz rund 1800mal Menschen zum Stadtrand gebracht, darunter einen "harten Kern von Trinkern und Süchtigen". Die Grünen sind strikt dagegen. "Soziale Probleme löst man nicht, indem man die Leute wegbringt", bemerkt der innenpolitische Sprecher Norbert Schellberg. "Die kehren doch sowieso zurück." Noch massivere Kritik übt die Arbeitsgemeinschaft "Leben mit Obdachlosen", die sich auf Beschwerden Betroffener beruft: "Menschen werden wegen ihres Aussehens, ihrer Kleidung, ihrer Obdachlosigkeit von öffentlichen Plätzen verbracht", protestiert Pastoralreferent Hans-Joachim Ditz in einem Brief ans Abgeordnetenhaus. Der Innenausschuß beschloß jetzt eine Aufforderung an die Polizei, bei Obdachlosen zu prüfen, ob sie nach einem Platzverweis in ein Wohnheim oder eine Wärmestube gefahren werden könnten

**Dortmund-Hombruch. Die einen lachen und halten es für einen Scherz, die anderen wissen mehr: SPD-Fraktionschef Ernst Prüsse favorisiert die Uni-Tangente als neuen Standort für den Straßenstrich. So ließen sich aus seiner Sicht gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Jegliche Rückbau-Wünsche der Naturschützer wären damit auch vom Tisch.**

Kein Witz, kein früher Aprilscherz, wie Ursula Pulpanek-Seidel, Barops SPD-Ratsfrau, es gerne sehen möchte. Prüsse, der im eigenen Wahlkreis in Lütgendortmund gerade gegen seinen Willen die Flüchtlingsunterkunft schlucken musste, soll sich, so erzählen kundige Kreise, sogar schon vor Ort an der Unistraße umgesehen haben.

vtbox();



Dortmunds SPD-Fraktionschef Ernst Prüsse. Foto: WAZ FotoPool

Dem SPD-Stadtbezirksvorsitzenden Norbert Schilff, dessen Wiederwahl zu Prüsses Vize in der Fraktion heute ansteht, ist gar nicht zum Scherzen zumute: „Dann rufe ich eine Bürgerbewegung ins Leben, wie Dortmund sie noch nicht erlebt hat. Keine Initiative, eine Bürgerbewegung“, lässt Schilff keinen Zweifel an der Position der Hombrucher Genossen.

„Wir brauchen in Dortmund überhaupt keinen Straßenstrich. Was derzeit die Menschen in der Nordstadt zu leiden haben, haben sie nicht verdient und auch kein anderer“, formuliert er nicht nur die Maximal-Position, sondern will auch gar nicht den Verdacht des „St.Florians-Prinzips“ aufkommen lassen.

Da hat er Olaf Radtke, den SPD-Ratsvertreter an der Südtangente, an seiner Seite. Der hält zwar einen Straßenstrich im Prinzip für unausweichlich, sieht aber wie Schilff: „Dortmund kann nicht das Problem für das Ruhrgebiet oder sogar für ganz NRW lösen.“ Deshalb sei der bisher überwiegend funktionierende Standort Ravensberger Straße mit seiner vorhandenen Sozial- und Infrastruktur eventuell weiterhin sinnvoll, doch müssten die Auswüchse eingedämmt werden.

### **Nord und Süd**

„Die Klientel ist in der Nordstadt angesiedelt“, weiß auch Hombruchs Grünen-Ratsvertreter Jürgen Brunsing, der grundsätzlich jedoch meint: „Auch der Süden muss negative Auswirkungen aufnehmen.“ So habe man in seiner Fraktion bereits intensiv auch Flächen nahe Tierpark an der Zillestraße oder auf dem Phoenix-Gelände diskutiert. Doch fehle es hier an notwendigem preiswertem Wohnraum. Wie auch an der Uni-Tangente. Bei abnehmenden Studentenzahlen könne man hier ein Wohnheim leerziehen – unabhängig davon, dass das sicher dem Ruf der Uni schade, sieht Brunsing so etwas eher als Vision.

Hombruch habe sich nie vor der sozialen Verantwortung gedrückt, beispielsweise als es Ende der 80er um die Flüchtlingsaufnahme ging, sagt Hombruchs Bezirksbürgermeister Hans Semmler. Und: „Wenn da Not am Mann ist, sind wir auch wieder bereit.“ Die Probleme eines Straßenstrichs in einen bürgerlichen Stadtbezirk zu verlagern, sei jedoch sicher keine Lösung, meint der CDU-Mann. Und bekommt Unterstützung von CDU-Ratsfrau Barbara Menzebach: Die Uni-Tangente habe einen ganz anderen „verkehrlichen“ Auftrag. Sie diene vor allem auch weiterhin der Entlastung Eichlinghofens.